

Antwort der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sebastian Maack, Martin Reichardt,
Birgit Bessin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 21/5225 –**

Verwaltungspraxis bei Verwendungsnachweisen der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 21/3457)

Vorbemerkung der Fragesteller

In der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 21/1374 wurde eine Übersicht über Projekte der Antidiskriminierungsstelle des Bundes sowie Angaben zur Förderpraxis vorgelegt. Auf die darauf bezogene Nachfrage auf Bundestagsdrucksache 21/3139 antwortete die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 21/3457 und führte darin aus, dass die Vorlage der Verwendungsnachweise „im Rahmen der jeweils im Zuwendungsbescheid bestimmten oder im Einzelfall mit der Bewilligungsbehörde abgestimmten Frist“ erfolgt sei. Diese Formulierung lässt die konkrete Handhabung von Fristabweichungen und deren rechtliche Einordnung offen. Insbesondere bleibt für die Fragesteller unklar, in welchen Fällen und in welchem Umfang von den ursprünglich im Zuwendungsbescheid festgelegten Fristen abgewichen wurde, ob Fristverlängerungen die Regel oder die Ausnahme darstellen sowie welche formalen oder informellen Verfahrensschritte bei solchen Abweichungen angewandt wurden. Vor diesem Hintergrund besteht bei den Fragestellern ein erhebliches parlamentarisches und öffentliches Aufklärungsinteresse hinsichtlich der tatsächlichen Handhabung von Fristsetzungen und Fristabweichungen, insbesondere im Hinblick auf Gleichbehandlung der Zuwendungsempfänger, Rechtsstaatlichkeit und haushaltsrechtliche Ordnungsmäßigkeit.

1. In welchen der in Anlage 1 der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 21/1374 genannten Projekte wurde die im jeweiligen Zuwendungsbescheid ursprünglich festgesetzte Frist zur Vorlage des Verwendungsnachweises nicht eingehalten, unabhängig davon, ob später eine abweichende Frist vereinbart wurde (bitte projektscharf unter Angabe von Projekttitel, Zuwendungsempfänger, ursprünglich festgelegter Frist und tatsächlichem Eingangsdatum des Verwendungsnachweises auflisten)?

2. In welchen der in Frage 1 genannten Fälle wurde
 - a) vor Ablauf der ursprünglich im Zuwendungsbescheid festgelegten Frist eine Fristverlängerung vereinbart,
 - b) erst nach Ablauf der ursprünglich festgelegten Frist eine spätere Abgabe des Verwendungsnachweises vereinbart(bitte jeweils projektscharf aufschlüsseln)?

3. In welchen Fällen hat die zuständige Bewilligungsbehörde bei den in Anlage 1 der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 21/1374 genannten Projekten eine Erinnerung, Mahnung oder sonstige formelle Aufforderung zur Abgabe des Verwendungsnachweises versandt,
 - a) vor Ablauf der ursprünglich festgelegten Frist,
 - b) nach Ablauf dieser Frist(bitte jeweils projektscharf auflisten und die Anzahl der Erinnerungen bzw. Mahnungen angeben)?

Die Fragen 1 bis 3 werden gemeinsam beantwortet.

Fragen nach individuellen Fristverlängerungen und Kommunikation zwischen Zuwendungsgeber und Zuwendungsempfänger werden als interne Verwaltungsvorgänge eingeordnet. Zwischen Zuwendungsgeber und Zuwendungsempfänger besteht auch im Hinblick auf die Prüfung von Verwendungsnachweisen regelmäßig Kontakt.

Im Übrigen wird auf Anlage 1 verwiesen.*

4. In welchen Fällen wurden bei den genannten Projekten Verwendungsnachweise
 - a) fristgerecht, jedoch inhaltlich unvollständig,
 - b) verspätet und zugleich inhaltlich unvollständig,
 - c) zunächst überhaupt nicht eingereicht (bitte jeweils projektscharf darstellen)?

Auf die Antworten der Bundesregierung zu den Fragen 3 und 5 auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 21/3139 wird verwiesen.

5. Welche konkreten inhaltlichen oder formalen Mängel (z. B. fehlende Belege, fehlende Sachberichte, unvollständige zahlenmäßige Nachweise, formale Fehler oder fehlende Bestätigungen) lagen bei den in Frage 4 genannten unvollständigen Verwendungsnachweisen jeweils vor?

Auf die Antworten zu den Fragen 1 bis 3 und 4 wird verwiesen. Die Prüfung der Vollständigkeit der einzureichenden Unterlagen und Erfüllung von Formvorgaben ist Teil der Verwendungsnachweisprüfung. Bei unvollständigen Verwendungsnachweisen erfolgt eine Anforderung fehlender Unterlagen durch die Bewilligungsbehörde.

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 21/5636 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

6. Nach welchen internen Verwaltungsvorgaben, ministeriellen Leitlinien oder Ermessenskriterien entscheidet die Bewilligungsbehörde
 - a) über die Gewährung einer Fristverlängerung,
 - b) darüber, bei Fristversäumnissen zunächst auf Sanktionen zu verzichten,
 - c) darüber, eine nachträgliche Einigung über eine spätere Abgabe als ordnungsgemäß ausreichend anzusehen,und hat es in dieser Praxis seit 2015 eine Veränderung gegeben?

Die Frist zur Einreichung des Verwendungsnachweises ergibt sich aus dem jeweiligen Zuwendungsbescheid und in Anwendung der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Projektförderung für Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierungen (RL-ADS) vom 14. Dezember 2022. Im Hinblick auf etwaige Fristverlängerungen gilt § 31 Absatz 7 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG). Rücknahme und Widerruf eines Zuwendungsbescheides sind unter den Voraussetzungen von den §§ 48 und 49 VwVfG möglich.

7. Wie häufig wurde seit dem Jahr 2020 bei Projekten der Antidiskriminierungsstelle des Bundes von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Fristversäumnisse durch nachträgliche Abstimmung mit der Bewilligungsbehörde zu heilen (bitte jährlich und nach Anzahl der betroffenen Projekte aufschlüsseln)?

Etwaige Fristverlängerungen nach § 31 Absatz 7 VwVfG stehen im behördlichen Ermessen.

8. In welchen konkreten Fällen seit 2020 erhielten Zuwendungsempfänger erneut Fördermittel, obwohl zuvor Fristabweichungen, unvollständige Verwendungsnachweise oder sonstige Beanstandungen festgestellt wurden (in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 21/3457 wurde ausgeführt, dass Verwendungsnachweise im Rahmen der jeweils im Zuwendungsbescheid bestimmten oder abgestimmten Fristen vorgelegt worden seien und lediglich in wenigen Fällen Rückforderungen erfolgt seien (bitte jeweils projektscharf unter Angabe von Projekttitel, Zuwendungsempfänger, Art des festgestellten Sachverhalts, Datum der Feststellung und Entscheidung über erneute Bewilligung auflisten)?

Auf Anlage 1 wird verwiesen.* Soweit die Prüfung der Verwendungen bereits abgeschlossen ist, wurde im Ergebnis festgestellt, dass die Zuwendungen zweckentsprechend verwendet wurden.

9. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass
 - a) alle Zuwendungsempfänger gleichbehandelt werden und
 - b) keine faktische Privilegierung einzelner Träger durch informelle Fristabsprachen oder nachträgliche Heilungen von Fristmängeln erfolgt?

Die Verwaltung ist gemäß Artikel 20 Absatz 3 des Grundgesetzes u. a. an den Grundsatz des Gesetzesvorrangs gebunden. Im Rahmen des Zuwendungsbearbeitung sind insbesondere die Regelungen der Bundeshaushaltsordnung (BHO)

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 21/5636 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

und der dazu erlassenen Allgemeinen Verwaltungsvorschriften (VV-BHO) zu beachten.

10. Auf welche konkrete Rechtsgrundlage (bitte unter Angabe der einschlägigen Normen, Verwaltungsvorschriften und Nebenbestimmungen, insbesondere § 44 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) und Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P)) stützt die Bundesregierung die Auffassung, dass Abweichungen von in Zuwendungsbescheiden festgelegten Fristen durch nachträgliche verwaltungsinterne Abstimmungen als ordnungsgemäß anerkannt werden können?

Nach § 31 Absatz 7 VwVfG können Fristen, die von einer Behörde gesetzt sind, verlängert werden. Sind solche Fristen bereits abgelaufen, so können sie rückwirkend verlängert werden, insbesondere wenn es unbillig wäre, die durch den Fristablauf eingetretenen Rechtsfolgen bestehen zu lassen. Die Behörde kann die Verlängerung der Frist nach § 36 VwVfG mit einer Nebenbestimmung verbinden. Im Übrigen wird auf die VV Nrn. 5.3.4 und 5.3.5 zu § 44 BHO hingewiesen.

11. Existiert eine statistische Auswertung oder interne Übersicht, aus der hervorgeht,
 - a) welche Zuwendungsempfänger besonders häufig Fristverlängerungen oder nachträgliche Absprachen in Anspruch nehmen, und
 - b) welche Zuwendungsempfänger ihre Verwendungsnachweise stets fristgerecht und vollständig einreichen,und wenn nein, warum nicht, bzw. beabsichtigt die Bundesregierung dies für die Zukunft?
12. Beabsichtigt die Bundesregierung, die Praxis von Fristverlängerungen, Nachreichungen sowie nachträglichen Abstimmungen künftig systematisch zu dokumentieren und dem Deutschen Bundestag regelmäßig offenzulegen, um Transparenz und Gleichbehandlung sicherzustellen, wenn nein, aus welchen Gründen nicht, und wenn ja, ab welchem Zeitpunkt?

Die Fragen 11 und 12 werden gemeinsam beantwortet.

Nein, die Überwachung von Fristen wird im Einzelfall sichergestellt.

13. Teilt die Bundesregierung die Rechtsauffassung, dass Nummer 6.1 ANBest-P als Bestandteil des Zuwendungsbescheids eine Nebenbestimmung im Sinne von § 36 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) darstellt, unmittelbare Außenwirkung entfaltet und damit sowohl die Bewilligungsbehörde als auch den Zuwendungsempfänger bindet, und wenn nein, warum nicht?

Die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) sind die Anlage 2 zur VV Nr. 5.1 zu § 44 BHO. Nach der VV Nr. 5.1 Satz 2 zu § 44 BHO sind sie unverändert zum Bestandteil des Zuwendungsbescheides zu machen. Sie werden damit nach außen wirksam, da sie im Bescheid als Nebenbestimmung für den Zuwendungsempfänger verbindlich erklärt werden. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 9 verwiesen.

14. Teilt die Bundesregierung die Rechtsauffassung, dass Nummer 6.1 ANBest-P eine zwingende Fristregelung enthält, die keine Ermessens- oder Öffnungsklausel vorsieht, und dass Abweichungen hiervon ohne formelle Änderung des Zuwendungsbescheids unzulässig sind, und wenn nein, worauf stützt sie ihre abweichende Rechtsauffassung (bitte unter Angabe der einschlägigen Normen, der Verwaltungsvorschriften (VV) und ggf. Rechtsprechung beantworten)?

Die Bewilligungsbehörde darf gemäß VV Nr. 5.3.4 zu § 44 BHO – auch nach Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides – bei Vorliegen besonderer Umstände Fristen für die Vorlage der Verwendungsnachweise abweichend von den Allgemeinen Nebenbestimmungen festlegen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 7 verwiesen.

15. Auf welcher konkreten Rechtsgrundlage stützt die Bundesregierung die Heranziehung der „VV zu § 7 BHO“ (Nummer 2.2 VV zu § 7 BHO), um Fristsetzungen zur Vorlage von Verwendungsnachweisen, die als Nebenbestimmung nach Nummer 6.1 ANBest-P im Zuwendungsbescheid inkorporiert sind, zu relativieren oder zu ersetzen (bitte Wortlaut und Fundstelle der herangezogenen Vorschrift(en) benennen und den Anwendungsbereich konkret erläutern)?
16. Teilt die Bundesregierung die Rechtsauffassung, dass Verwaltungsvorschriften zu § 7 BHO grundsätzlich keine Außenwirkung entfalten, sondern ausschließlich der Verwaltung intern binden und daher Nebenbestimmungen eines Zuwendungsbescheids nicht abändern oder „suspendieren“ können, und wenn nein, welche dogmatische Herleitung (Außenwirkung bzw. Normqualität) legt sie zugrunde?

Die Fragen 15 und 16 werden gemeinsam beantwortet.

Der § 7 BHO und die VV zu § 7 BHO binden die Bundesverwaltung in ihrem Handeln. Sie treffen jedoch keine Regelungen zu Nebenbestimmungen bei Zuwendungsbescheiden.

17. In welchen der in Anlage 1 der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 21/1374 genannten Projekte wurde eine Abweichung von der Frist nach Nummer 6.1 ANBest-P vor Fristablauf durch eine formelle Änderung des Zuwendungsbescheids (Änderungsbescheid) vorgenommen, und in welchen Fällen erfolgte dies nicht (bitte projektscharf Projekttitel, Zuwendungsempfänger, ursprüngliche Frist, Datum des Änderungsbescheids, neue Frist angeben)?

Sofern die Bewilligungsbehörde im Einzelfall eine abweichende Frist bestimmt, ist eine Änderung des Zuwendungsbescheids hierfür nicht erforderlich. Auf die Antwort zu Frage 6 wird verwiesen.

18. Teilt die Bundesregierung die Rechtsauffassung, dass eine nachträgliche stillschweigende Duldung oder informelle Fristabsprachen nach Fristablauf einen Rechtsverstoß darstellen, wenn die Frist nach Nummer 6.1 ANBest-P als verbindliche Nebenbestimmung im Sinne von § 36 VwVfG festgelegt ist, und wenn nein, auf welche konkrete Rechtsgrundlage stützt sie ihre abweichende Auffassung (bitte unter Abgrenzung zwischen formeller Bescheidänderung und informeller Abstimmung darlegen), und wurde in den Fällen, in denen eine nach Nummer 6.1 ANBest-P festgelegte Frist überschritten oder ein Verwendungsnachweis unvollständig eingereicht wurde, ohne dass vor Fristablauf ein formeller Änderungsbescheid erlassen wurde, jeweils geprüft, ob Widerrufs-, Rückforderungs- oder Beanstandungsmaßnahmen nach § 44 BHO in Verbindung mit den einschlägigen Nebenbestimmungen (insbesondere Nummer 8.3.2 ANBest-P) sowie § 49 VwVfG in Betracht kommen, und
- a) mit welchem Ergebnis diese Prüfung abgeschlossen wurde,
 - b) aus welchen Gründen gegebenenfalls von entsprechenden Maßnahmen abgesehen wurde,
 - c) ob hierzu jeweils ein schriftlicher Prüfvermerk oder eine dokumentierte Ermessensentscheidung vorliegt,
 - d) nach welchen einheitlichen Maßstäben oder internen Vorgaben diese Prüfungen durchgeführt wurden
- (bitte jeweils projektscharf unter Angabe von Projekttitlel, Zuwendungsempfänger, Art des Sachverhalts, Datum der Prüfung und Ergebnis auflisten)?

Auf die Antworten zu den Fragen 6 und 14 wird verwiesen.

19. Plant die Bundesregierung, klarstellende Vorgaben zu erlassen, dass Abweichungen von der Frist nach Nummer 6.1 ANBest-P ausschließlich vor Fristablauf und ausschließlich durch formellen Änderungsbescheid zulässig sind, um die Gleichbehandlung und Rechtskonformität sicherzustellen, und wenn nein, warum nicht?

Nein. Im Übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 6 und 14 verwiesen.

	A	B	C	D	E
	Laufzeit	Zuwendungsempfänger	Projekttitel	Frist für Verwendungsnachweis gemäß Zuwendungs-/ Änderungsbescheid	Eingang Verwendungsnachweis
3					
4	01.07.2019-29.10.2020	Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas	Wissen schafft Verständnis! - Aufklärung über die Einwanderung von Roma nach Deutschland	29.12.2020	23.12.2020
5	01.07.2019-31.12.2020	Pro Familia Freiburg e.V.	Neue Partnerschaften finden – Diversitäten leben – gegen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt	30.06.2021	19.03.2021
6	01.07.2019-31.07.2020	Dr Frohn GmbH	Die Arbeitssituation von Inter*-Personen in Deutschland unter differenzieller Perspektive zu LSBT*-Personen	31.03.2021	30.03.2021
7	01.07.2019-31.05.2021	Each One Teach One e.V.	"Anti-Schwarzer Rassismus in Deutschland: Qualitative Befunde und Auftakt einer Panel-Befragung unter Menschen afrikanischer Herkunft (AnSweR)"	30.11.2021	22.02.2022
8	01.07.2019-31.12.2020	Pro Familia Pforzheim e.V.	Sensibilisierung, Schulung und Beratung zu umfassenden Präventionsmaßnahmen bei Diskriminierungen am Arbeitsplatz mit dem Schwerpunkt sexueller Belästigung in Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitsbereichs in Pforzheim, im Enzkreis und in Calw	31.07.2021	29.03.2021
9	01.09.2019-31.12.2020	adis e.V.	"... nicht mehr die Meckermotzmaschine sein ..."	31.07.2021	23.06.2021
10	01.10.2019-30.11.2020	Bildungsstätte Anne Frank e.V.	Was unternehmen! Gegen Diskriminierung und für Vielfalt in Betrieb und Unternehmen	31.07.2021	31.08.2021
11	01.11.2019-31.12.2020	Stiftung Soziale Gesellschaft	Arbeitsrechte und arbeitsbezogener Diskriminierungsschutz – Sensibilisierung in Deutsch und Integrationskursen	30.06.2021	22.09.2021
12	01.04.2020-31.12.2020	Citizens for Europe UG	Vielfalt im Film	31.05.2021	13.07.2021
13	01.05.2020-30.06.2021	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	Pretest eines Fragenmoduls zu subjektiven Diskriminierungserfahrungen in der SOEP-Innovationsstichprobe	30.11.2021	15.10.2021
14	01.01.2021-31.12.2022	Act Aware e.V.	"Act Aware. Act Now" - Eine bundesweite Initiative zur Implementierung von Antidiskriminierungs- und Awareness-Maßnahmen auf Veranstaltungen und bei Versammlungen	30.06.2023	13.11.2023
15	01.01.2021-31.12.2022	ADB Sachsen e.V.	"ÖPNV für Alle" – Wie kann eine diskriminierungsfreie Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel gelingen?	30.06.2023	03.07.2023
16	01.02.2021-30.11.2021	Bildungsstätte Anne Frank e.V.	Service für Alle! Angebote der Diskriminierungsprävention für Betriebe, Unternehmen und Organisationen	31.05.2022	02.06.2022
17	01.02.2021-30.09.2022	AW Algorithm Watch gGmbH	AutoCheck - Handlungsanleitung für den Umgang mit automatisierten Entscheidungssystemen für Antidiskriminierungsberatungsstellen	31.12.2022	28.11.2022
18	15.03.2023-31.01.2024	Europäische Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) e.V.	Standards für kommunale Antidiskriminierungsstellen	30.04.2024	07.05.2024
19	15.03.2023-31.01.2024	Verband Binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.	AD-Kindel Hessen	30.04.2024	30.04.2024
20	01.03.2023-31.01.2024	Opferperspektive - Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e.V.	Stadt.Land.Horizont	30.04.2024	30.04.2024
21	01.03.2023-31.01.2024	Antidiskriminierungsforum Saar e.V.	Mobile Antidiskriminierungsberatung Saar	28.04.2024	29.04.2024
22	01.03.2023-31.01.2024	Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V.	Fachstelle Antidiskriminierungsberatung für behinderte Menschen	30.04.2024	26.04.2024
23	01.03.2023-31.01.2024	trans*support - Fachstelle für trans* Beratung und Bildung e.V.	Aufbau von professionalisierter, mobiler peer-Antidiskriminierungsberatung für trans* und nichtbinäre Personen im ländlichen Schleswig-Holstein	30.04.2024	27.02.2024
24	01.03.2023-31.01.2024	Landesnetzwerk der Migrant*innenorganisationen - MigraNetz Thüringen e.V.	Raus aufs Land – Antidiskriminierungsberatung in Thüringen	30.04.2024	13.05.2024
25	01.03.2023-31.01.2024	Landesnetzwerk Migrant*innenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V.	Antidiskriminierungsberatung Anhalt	30.04.2024	29.05.2024
26	01.04.2023-31.01.2024	Hallesche Jugendwerkstatt gGmbH	Antidiskriminierungsstelle Sachsen-Anhalt im ländlichen Raum	30.04.2024	23.04.2024
27	15.03.2023-31.01.2024	Gesellschaft gegen Gewichtsdiskriminierung e.V.	Weiterbildungsangebot für AD-Berater*innen zum Thema intersektionale Diskriminierung und Gewichtsdiskriminierung	30.04.2024	09.05.2024
28	01.05.2023-31.01.2024	Anti-Rassismus Informations-Centrum NRW (ARIC-NRW) e.V.	Den Diskriminierungsschutz für Betroffene von Rassismus durch die Polizei stärken! Aufbau einer Anlauf- und Informationsstelle	30.04.2024	10.04.2024
29	01.04.2023-31.01.2024	Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Bayern e.V.	AD-Beratung in Bayern im Kontext Antiziganismus	30.04.2024	30.04.2024
30	01.04.2023-31.01.2024	Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz e.V.	Modellprojekt: Aufbau eines regionalen AD-Beratungsbüros in RLP	30.04.2024	25.04.2024
31	01.03.2023-31.01.2024	Antidiskriminierungsverband Deutschland e.V.	Fachstelle Antidiskriminierungsberatung	30.04.2024	30.04.2024
32	01.04.2023-31.01.2024	Evangelisches Bildungs- und Tagungszentrum Bad Alexandersbad e.V.	Aufbau einer flächendeckenden Beratungsstelle gegen Diskriminierungen in Oberfranken	30.04.2024	30.04.2024
33	01.03.2023-31.01.2024	Würzburger Bündnis für Demokratie und Zivilcourage e.V.	VABUM- Vernetzte Antidiskriminierungsberatung in Unterfranken und Mittelfranken	30.04.2024	26.04.2024
34	01.03.2023-31.01.2024	basis & woge e.V.	Antidiskriminierungsbüro Hamburg entwickeln	30.04.2024	29.04.2024

	A	B	C	D	E
	Laufzeit	Zuwendungsempfänger	Projekttitle	Frist für Verwendungsnachweis gemäß Zuwendungs-/ Änderungsbescheid	Eingang Verwendungsnachweis
3					
35	01.04.2023-31.01.2024	Bayerischer Jugendring	Mobile Antidiskriminierungsberatung in Bayern: intersektional, flächendeckend, professionell	30.04.2024	30.04.2024
36	31.03.2023-31.01.2024	Gleichstellungsbüro der Stadt Göttingen	Antidiskriminierungsarbeit in Stadt und Landkreis: zivilgesellschaftliche AD-Beratung, zivilgesellschaftliches AD-Netzwerk und strukturelle AD-Stelle	30.04.2024	10.04.2024
37	15.03.2023-31.01.2024	Aidshilfe Bielefeld e.V.	Auf- und Ausbau einer überregionalen Antidiskriminierungsberatungsstelle für LSBTIQ* / FLINTA in Ostwestfalen-Lippe (OWL)	30.04.2024	24.04.2024
38	01.04.2023-31.01.2024	Deutsche Aidshilfe e.V.	AD-Beratung zu Diskriminierung im Gesundheitswesen	28.04.2024	25.04.2024
39	01.04.2023-31.01.2024	klugeGÖREN gGmbH	AD-Beratung in Niedersachsen quantitativ und qualitativ sichern, entwickeln und ausbauen	30.04.2024	28.03.2024
40	01.04.2023-31.01.2024	diversu e.V. – Institut für Diversity, Natur, Gender und Nachhaltigkeit	Aufbau von Antidiskriminierungsberatung (ADB) in zwei Landkreisen Nordost-Niedersachsen: Modell für ADB in ländlichen Regionen	30.04.2024	27.03.2024
41	01.04.2023-31.01.2024	Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V.	Antidiskriminierungsberatung außerhalb von Ballungsräumen - Entwicklung, Erprobung und Etablierung von AD-Beratungsstrukturen in sächsischen Landkreisen	30.04.2024	30.04.2024
42	01.05.2023-31.01.2024	Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge in Niedersachsen - amfn e.V.	Rassismus in der Bildung erkennen, benennen und dagegen vorgehen	30.04.2024	28.03.2024
43	01.05.2023-31.01.2024	Antidiskriminierungsverband Schleswig-Holstein (advsh) e.V.	BeAGGtiv - Kompetenz- und Beratungszentrum gegen Diskriminierung - transparent - innovativ - verbindlich!	30.04.2024	25.04.2024
44	01.06.2023-31.01.2024	Internationale Akademie Berlin für innovative Pädagogik, Psychologie und Ökonomie (INA) gGmbH	Kinder im Fokus - Antidiskriminierungsberatung aus der Kinderperspektive	30.04.2024	10.04.2024
45	01.05.2023-31.01.2024	LIFE - Bildung Umwelt Chancengleichheit e.V.	Schaffung einer bundesweiten Fachstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen	30.04.2024	28.03.2024
46	01.06.2023-31.01.2024	Deutsche Gehörlosen-Jugend e.V. (DGJ)	TaubJung.Diskriminiert	30.04.2024	29.03.2024
47	01.05.2023-31.01.2024	Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg/Vorpommern e.V.	Mobile Antidiskriminierungsberatung im ländlichen Raum der Landkreise Vorpommern-Greifswald und Mecklenburgische Seenplatte	30.04.2024	02.04.2024
48	01.05.2023-31.01.2024	Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e. V.	Antidiskriminierungsbüro Westmecklenburg	30.04.2024	23.04.2024
49	01.05.2023-31.01.2024	Jugend kann bewegen e.V.	Antidiskriminierungsberatung im ländlichen Raum Greifswald und Vorpommern-Rügen	30.04.2024	30.04.2024
50	01.05.2023-31.01.2024	Schwulenberatung Berlin gemeinnützige GmbH	QAD*16 // Queere Antidiskriminierungsberatung für die 16 Bundesländer	30.04.2024	03.05.2024
51	24.03.2023-31.01.2024	IBIS – Interkulturelle Arbeitsstelle e. V.	Ausbau Antidiskriminierungsberatung NW-Niedersachsen	30.04.2024	16.05.2024
52	01.04.2023-31.01.2024	Mosaik Deutschland e. V.	Aufbau von spezialisierten Schwerpunktberatungsstellen. Eine Weiterentwicklung des horizontalen Beratungsansatzes der LAG Antidiskriminierungsberatung Baden-Württemberg	30.04.2024	03.06.2024
53	01.07.2023-31.10.2024	Bergische Universität Wuppertal	Rassistische Diskriminierungserfahrungen und psychische Gesundheit im Alltag von Jugendlichen mit (zugeschriebener) osteuropäischer Herkunft	31.01.2025	18.02.2025
54	01.05.2023-31.10.2024	Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE)	Diskriminierung von Menschen osteuropäischer Herkunft auf dem Arbeitsmarkt: Institutionelle und individuelle Kontexte	31.01.2025	26.02.2025
55	01.05.2023-30.09.2024	Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	Strukturelle Diskriminierung in der Rechts- und Beratungspraxis – Entwicklung von Methoden der mehrdimensionalen Diskriminierungsforschung (EMMD)	31.12.2024	16.01.2025
56	01.07.2023-30.09.2024	Hochschule Zittau/Görlitz	Detektiv – Detektion und Messung von Diskriminierung im Vignettenexperiment. Eine Validierungsstudie am Beispiel internationaler Hochschulabsolvent*innen im deutschen Arbeitsmarkt	31.12.2024	31.12.2024
57	15.06.2023-30.09.2024	Amadeu Antonio Stiftung / Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)	Diskriminierung bei Waren und Dienstleistungen im digitalen Raum. Neue Potenziale und Wege von Testings nutzen.	31.12.2024	06.01.2025
58	01.06.2023-31.10.2024	Universität der Bundeswehr München	Diskriminierung und Resilienz. Erinnerung und Kontinuitäten unter Roma (DiREKT-Roma)	31.01.2025	24.01.2025
59	01.05.2023-30.06.2024	Universität Duisburg-Essen	Diskriminierung jenseits der Kategorien: Erfahrungen osteuropäischer Einwanderer in urbanen Sozialräumen (DjeKa)	30.09.2024	30.09.2024
60	01.06.2023-30.09.2024	Universität Vechta	Sintizze und Rom:nja in der bundesdeutschen Hochschullandschaft - Bestandsaufnahme über den Kampf gegen Antiziganismus an Hochschulen und Universitäten	31.12.2024	03.12.2024
61	01.06.2023-30.09.2024	Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung e.V.	Betroffenenzugang und -bewertung der AD-Beratung	31.12.2024	18.12.2024
62	01.08.2023-31.01.2024	Palais F*luxx	"Darin lass ich Dich alt aussehen" - Kampagne gegen Altersdiskriminierung mit Frauen über 47 Jahren	30.04.2024	29.03.2024
63	01.11.2023-31.05.2024	Bildungsstätte Anne Frank e.V	ZUFÄLLE GIBT'S. - Rassismus & Antisemitismus nicht dem Zufall überlassen!	30.08.2024	31.07.2024
64	01.09.2023-30.09.2024	EQUINET	Bewältigung der Herausforderungen gemeinsamer Standards für europäische Gleichbehandlungsstellen - Abschwächung des diskriminierenden Potenzials der künstlichen Intelligenz	31.12.2024	19.12.2024
65	01.02.2024-31.01.2025	Europäische Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) e.V.	Kompetenzentwicklung kommunaler Antidiskriminierungsstellen	30.04.2025	25.04.2025

	A	B	C	D	E
	Laufzeit	Zuwendungsempfänger	Projekttitle	Frist für Verwendungsnachweis gemäß Zuwendungs-/Änderungsbescheid	Eingang Verwendungsnachweis
3					
66	01.02.2024-31.01.2025	Verband Binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.	AD - Kindel Hessen	30.04.2025	30.04.2025
67	01.02.2024-31.01.2025	Opferperspektive - Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e.V.	Stadt.Land.Horizont	30.04.2025	24.04.2025
68	01.02.2024-31.01.2025	Antidiskriminierungsforum Saar e.V.	Mobile Antidiskriminierungsberatung im Saarland	30.04.2025	29.04.2025
69	01.02.2024-31.01.2025	Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V.	Fachstelle Antidiskriminierungsberatung für behinderte Menschen	30.04.2025	15.05.2025
70	01.02.2024-31.01.2025	trans*support - Fachstelle für trans* Beratung und Bildung e.V.	Aufbau von professionalisierter, mobiler peer-Antidiskriminierungsberatung für trans* und nichtbinäre Personen im ländlichen Schleswig-Holstein	30.04.2025	01.02.2025
71	01.02.2024-31.01.2025	Landesnetzwerk der Migrant*innenorganisationen - MigraNetz Thüringen e.V.	Raus aufs Land - Antidiskriminierungsberatung in Thüringen	30.04.2025	08.05.2025
72	01.02.2024-31.01.2025	Landesnetzwerk Migrant*innenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V.	Antidiskriminierungsberatung Anhalt	30.04.2025	30.06.2025
73	01.02.2024-31.01.2025	Hallesche Jugendwerkstatt gGmbH	Antidiskriminierungsstelle Sachsen-Anhalt im ländlichen Raum	30.04.2025	23.04.2025
74	01.02.2024-31.01.2025	Gesellschaft gegen Gewichtsdiskriminierung e.V.	Weiterbildungsangebot Gewichtsdiskriminierung und intersektionale Diskriminierung	30.04.2025	30.04.2025
75	01.02.2024-31.01.2025	Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) e.V. Berlin	Unabhängige Antidiskriminierungsberatung in Bremen stärken und ausbauen	30.04.2025	14.05.2025
76	01.02.2024-31.01.2025	Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Bayern e.V.	Antidiskriminierungsberatung in Bayern im Kontext Antiziganismus	30.04.2025	30.04.2025
77	01.02.2024-31.01.2025	Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz e.V.	Modellprojekt: Aufbau eines regionalen Antidiskriminierungsberatungsbüros RLP	30.04.2025	24.04.2025
78	01.02.2024-31.01.2025	Antidiskriminierungsverband Deutschland e.V.	Fachstelle Antidiskriminierungsberatung	30.04.2025	10.04.2025
79	01.02.2024-31.01.2025	Evangelisches Bildungs- und Tagungszentrum Bad Alexandersbad e.V.	Füreinander in Oberfranken - Antidiskriminierungsberatung	30.04.2025	09.05.2025
80	01.02.2024-31.01.2025	Würzburger Bündnis für Demokratie und Zivilcourage e.V.	"M.U.T. - Beratung gegen Diskriminierung"	30.04.2025	24.03.2025
81	01.02.2024-31.01.2025	basis & woge e.V.	"Antidiskriminierungsbüro Hamburg entwickeln"	30.04.2025	05.05.2025
82	01.02.2024-31.01.2025	Bayerischer Jugendring	Mobile Antidiskriminierungsberatung in Bayern: intersektional, flächendeckend, professionell	30.04.2025	29.04.2025
83	01.02.2024-31.01.2025	Gleichstellungsbüro der Stadt Göttingen	Modell Göttingen: Antidiskriminierungsarbeit in Stadt und Landkreis: Zivilgesellschaftliche ADBeratung, zivilgesellschaftliches AD-Netzwerk und strukturelle AD-Stelle	30.04.2025	10.04.2025
84	01.02.2024-31.01.2025	Aidshilfe Bielefeld e.V.	Aufbau einer überregionalen Antidiskriminierungsberatungsstelle für LSBTIQ* / FLINTA in Ostwestfalen-Lippe (OWL)	30.04.2025	03.06.2025
85	01.02.2024-31.01.2025	Deutsche Aidshilfe e.V.	LUBE - Lernen, Unterstützen, Beraten, Empowern gegen Diskriminierung im Gesundheitswesen	30.04.2025	30.04.2025
86	01.02.2024-31.01.2025	klugeGÖREN gGmbH	AD-Beratung in Niedersachsen quantitativ und qualitativ sichern, weiterentwickeln und ausbauen	30.04.2025	31.03.2025
87	01.02.2024-31.01.2025	diversu e.V. - Institut für Diversity, Natur, Gender und Nachhaltigkeit	Umsetzung dezentraler niedrigschwelliger Antidiskriminierungsberatung in ländlichen Regionen: Erschließung der Zielgruppe und Aufbau von Beratungskapazitäten in zwei Landkreisen Nordost-Niedersachsens	30.04.2025	28.04.2025
88	01.02.2024-31.01.2025	Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V.	Antidiskriminierungsberatung außerhalb von Ballungsräumen - Aufbau, Erprobung und Etablierung einer Antidiskriminierungsberatungsstelle im Landkreis Görlitz	30.04.2025	30.04.2025
89	01.02.2024-31.01.2025	Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen, Migrant*innen und Flüchtlinge in Niedersachsen - amfn e.V.	Rassismus in der Bildung erkennen, benennen und dagegen vorgehen	30.04.2025	28.03.2025
90	01.02.2024-31.01.2025	Antidiskriminierungsverband Schleswig-Holstein (advsh) e.V.	BeAGGtiv - Kompetenz- und Beratungszentrum gegen Diskriminierung - transparent-innovativverbindlich!	30.04.2025	30.04.2025
91	01.02.2024-31.01.2025	Internationale Akademie Berlin für innovative Pädagogik, Psychologie und Ökonomie (INA) gGmbH	Kinder im Fokus - Antidiskriminierungsberatung aus der Kinderperspektive	30.04.2025	06.04.2025
92	01.02.2024-31.01.2025	LIFE - Bildung Umwelt Chancengleichheit e.V.	Schaffung einer bundesweiten Fachstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen (FaDaS)	30.04.2025	30.04.2025
93	01.02.2024-31.01.2025	Deutsche Gehörlosen-Jugend e.V. (DGJ)	taubjung.diskriminiert	30.04.2025	25.04.2025
94	01.02.2024-31.01.2025	Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg/Vorpommern e.V.	Mobile Antidiskriminierungsberatung in Vorpommern-Greifswald	30.04.2025	05.05.2025
95	01.02.2024-31.01.2025	Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e. V.	Antidiskriminierungsbüro Schwerin & LK Ludwigslust-Parchim	30.04.2025	30.04.2025
96	01.02.2024-31.01.2025	Jugend kann bewegen e.V.	Antidiskriminierungsberatung im ländlichen Raum Greifswald und Vorpommern-Rügen	30.04.2025	30.04.2025
97	01.02.2024-31.01.2025	Schwulenberatung Berlin gemeinnützige GmbH	QAD*16 - Queere Antidiskriminierungsberatung in den Bundesländern	30.04.2025	05.05.2025
98	01.02.2024-31.01.2025	IBIS - Interkulturelle Arbeitsstelle e. V.	Aufbau Antidiskriminierungsberatung im Nordwesten Niedersachsen	30.04.2025	30.04.2025

	A	B	C	D	E
	Laufzeit	Zuwendungsempfänger	Projekttitle	Frist für Verwendungsnachweis gemäß Zuwendungs-/Änderungsbescheid	Eingang Verwendungsnachweis
3					
99	01.02.2024-31.01.2025	Mosaik Deutschland e. V.	Aufbau von spezialisierten Schwerpunktberatungsstellen. Eine Weiterentwicklung des horizontalen Beratungsansatzes der LAG Antidiskriminierungsberatung Baden-Württemberg	30.04.2025	27.05.2025
100	01.02.2024-31.01.2025	OFEK e.V. Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung	Rechte kennen und wahrnehmen – Beratung gegen Diskriminierung	30.04.2025	13.06.2025
101	01.01.2024-31.12.2025	Kompetenzzentrum für Bildung und Forschung (Träger: ZWST e.V.)	Studie zu den Auswirkungen des Terrors in Israel seit dem 07.10.23 auf die jüdische Gemeinschaft in Deutschland	31.03.2026	26.03.2026
102	01.10.2024-30.06.2025	Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung	Antimuslimischer Rassismus in Print- und sozialen Medien nach dem 7. Oktober 2023	30.09.2025	24.09.2025
103	01.05.2024-31.01.2025	Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) e.V.	Sichtbarmachung von Antiziganismus und seine Folgen für die Betroffenen	30.04.2025	09.01.2025
104	01.05.2024-31.01.2025	Charta der Vielfalt e.V.	Werkstattgespräche: „Antidiskriminierung in der betrieblichen Praxis“	30.04.2025	28.04.2025
105	01.05.2024-31.12.2024	Silbernetz e.V.	Ageismus sichtbar machen, Veränderung bewirken!	31.03.2025	31.03.2025
106	01.05.2024-31.01.2025	EQUINET	Unterstützung der nationalen Gleichbehandlungsstellen bei der Gewährleistung einer erfolgreichen Umsetzung der Standardrichtlinien auf nationaler Ebene	30.04.2025	25.04.2025

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.